



## Inhalt

Internationaler Frauentag

### [Jede und jeder für Gleichberechtigung](#)

Aktionen in mehreren Bundesländern

### [Sozial- und Erziehungsdienst: Proteste für mehr Wertschätzung](#)

dbb bundesfrauenvertretung

### [Equal Pay Day 2022: Digitale Tools gezielt für mehr](#)

### [Lohngerechtigkeit nutzen](#)

dbb bundesfrauenvertretung

### [Gleichstellung: Behörden brauchen leistungsorientierte Führungskultur](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen

### [Verfassungsgemäße Besoldung: Gespräche mit](#)

### [Finanzminister abgebrochen](#)

Mecklenburg-Vorpommern

### [Klausurtagung zur Lehrkräftegewinnung mit Bildungsministerin](#)

Niedersachsen

### [Energiepreise: Belastungen für die Beschäftigten jetzt abfedern](#)

Schleswig-Holstein

### [„Marke öffentlicher Dienst“ hat unscharfe Konturen](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

### [Flüchtende aus der Ukraine: Hilfsbereitschaft begrüßt –](#)

### [Kontrollverzicht darf aber nicht Prinzip werden](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

### [Tarifabschluss für AOK-Beschäftigte – Durchbruch beim Gewerkschaftsbonus](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

### [Flüchtende aus der Ukraine: Schulen rechtzeitig vorbereiten](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

## Internationaler Frauentag Jede und jeder für Gleichberechtigung

**Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2022 rufen dbb und dbb frauen dazu auf, in der Arbeitswelt endlich mit den Geschlechterklischees zu brechen.**

„Frauen und Technik passen genauso gut zusammen wie Männer und Kindererziehung. Wir müssen uns in der Arbeitswelt endlich von den gängigen Geschlechterklischees verabschieden. Sie verhindern Fortschritt und zementieren soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft“, machten der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach und die dbb frauen Chefin Milanie Kreutz mit Blick auf den internationalen Frauentag am 8. März 2022 deutlich. Ihren Appell richteten Silberbach und Kreutz an die Entscheidungsträgerinnen und -träger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: „Jede und jeder kann einen Beitrag für eine geschlechtergerechte Gesellschaft leisten! Jetzt liegt es an den Vorgesetzten und an jenen, die in der Verantwortung für unser Land stehen, mit gutem Beispiel voranzugehen.“

Insbesondere der öffentliche Dienst müsse hier Vorbild sein und den Weg in eine gleichberechtigte Arbeitswelt weisen, betonte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz. Unbewusste Geschlechterstereotype sind aus ihrer Sicht eine der Hauptursachen für die langsamen Fortschritte bei der Gleichstellung im öffentlichen Sektor. „Trotz guter Vereinbarkeitsgesetze und Frauenförderpläne haben es Thomas und Hans – das zeigt die Statistik – immer noch leichter als Sabine und Christine, eine Führungsposition zu erlangen. Noch schwerer haben es Ayla und Oxana. Und genau deshalb müssen wir bei den Einstellungsverfahren, aber vor allem auch bei der dienstlichen Beurteilung, noch viel genauer hinsehen. Unterbewusste Voreingenommenheiten sowie Leistungsbewertungskriterien, die oftmals klassisch ‚männliche‘ Erwerbsbiografien bevorzugen, bestimmen oft, wer für einen Job im öffentlichen

Dienst oder eine bestimmte Führungsaufgabe ausgewählt wird und wer nicht“, erklärte Kreutz. Anonymisierte Bewerbungsverfahren und eine geschlechtersensible Leistungsbewertung, die familiäre Auszeiten als Erfahrungszugewinn werte, sorgten, dort wo sie bereits eingesetzt würden, für mehr Chancengleichheit. „Auf diese Weise wird verhindert, dass gerade Frauen frühzeitig durchs Raster fallen und gar nicht erst die Chance bekommen, im persönlichen Gespräch zu überzeugen.“

Auch die dbb jugend Vize Liv Grolik forderte mehr Veränderungswillen, um strukturelle Benachteiligungen von Frauen zu überwinden: „Solange die weibliche Perspektive nicht ernsthaft miteinbezogen wird, kann es keine echte Gleichstellung geben. Das gilt nicht nur für Politik, sondern auch für Wirtschaft und Forschung, denn auch die Anzahl an belastbaren Datensätzen ist gering“, so die Vorsitzende der dbb jugend. „Eine Quote festzulegen reicht da nicht – so werden keine Probleme gelöst.“ Stattdessen brauche es auch mehr Förderungen für weiblich geführte Forschungsprojekte und mehr Investorinnen – sowie generell mehr weibliche Führungskräfte, die ihre Perspektiven in die Arbeitswelt einbringen und so andere Frauen förderten.

Weltweit wirft der Internationale Frauentag jedes Jahr am 8. März ein Schlaglicht auf die Gleichstellung der Geschlechter. Das Motto des Aktionstages für Frauenrechte in diesem Jahr lautet „Break the Bias“ und ist ein Aufruf dazu, eine Welt frei von Stereotypen, Vorurteilen und Diskriminierung zu erschaffen.

## Aktionen in mehreren Bundesländern Sozial- und Erziehungsdienst: Proteste für mehr Wertschätzung

**In der laufenden Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst haben Beschäftigte am 8. März 2022 für bessere Arbeitsbedingungen protestiert.**

„Beim Verhandlungsauftritt haben die kommunalen Arbeitgeber gezeigt, dass sie die Notwendigkeit und Dringlichkeit von grundlegenden Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen nicht verstanden haben. Wie brauchen ein echtes Signal der Wertschätzung für die Berufe in der frühkindlichen Bildung und der Sozialen Arbeit. Deshalb haben die Beschäftigten nun ein erstes Zeichen gesetzt“, sagte der dbb Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Ulrich Silberbach. Proteste und Aktionen gab es insbesondere in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Sachsen.

„Der Internationale Frauentag am 8. März ist bewusst gewählt: In den Berufen des Sozial- und Erziehungsdienstes arbeiten immer noch weit überwiegend Frauen, gerade in den Kitas sind es deutlich über 90 Prozent. Und es sind diese Care-Berufe, die noch immer deutlich schlechter bezahlt sind als Berufe mit vergleichbarer Ausbildung, in denen mehr Männer arbeiten“, erklärte der dbb Chef. „Wer über Gleichberechtigung reden will, muss die strukturelle Benachteiligung von Sorgearbeit – ob beruflich oder privat – thematisieren.“

## dbb bundesfrauenvertretung Equal Pay Day 2022: Digitale Tools gezielt für mehr Lohngerechtigkeit nutzen

**Digitale Tools und Software-Lösungen könnten auch im öffentlichen Dienst zu einer geschlechtergerechten Bezahlung von Männern und Frauen beitragen.**

„Gendersensible Software-Lösungen und KI-Anwendungen könnten die Leistung von Beschäftigten objektiver abbilden denn je. Das birgt die Chance, geschlechtsspezifische Voreingenommenheit zu erkennen und deren Folgen – also auch geschlechterbedingte Verdienstunterschiede – systematisch anzugehen. Deshalb sollten wir auch im öffentlichen Dienst offen über gleichstellungsfördernde digitale Tools diskutieren. Denn hier sind es vorrangig klassische Rollenvorstellungen, die zu Entgeltunterschieden führen“, stellte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz mit Blick auf den Equal Pay Day am 7. März 2022 heraus.

Insbesondere bei der vergleichenden Leistungsbewertung, die im öffentlichen Dienst ausschlaggebend für Beförderungen und Höhergruppierungen ist, könnten intelligente Systeme frühzeitig auf Diskriminierungen hinweisen. „Noch immer werden Bewertungskriterien angesetzt, die Arbeitszeit vor Leistung stellen. Vor allem die Leistung von Teilzeitkräften, die überwiegend weiblich sind, wird signifikant schlechter bewertet. Bedauerlicherweise gibt es hierzu bisher keine übergreifenden statistischen Auswertungen. Mit Hilfe von intelligenten Algorithmen-basierten Analysetools könnte die nötige Transparenz geschaffen werden, um

dem Problem endlich auf den Grund zu gehen“, so die dbb frauen Chefin.

Kreutz warnte aber vor überhasteten Schritten: „Solche tiefgreifenden Prozesse müssen eng von Personal- und Betriebsräten sowie Gleichstellungsbeauftragten begleitet werden. Denn KI-basierte Systeme, wie fast jede Software, werden vor allem von Männern programmiert. Problemlösungen werden folglich auch aus einer männlich zentrierten Perspektive entwickelt und somit besteht ein hohes Risiko, dass systemische Benachteiligungen von Frauen reproduziert werden. Zusätzliche ungewollte Nachteile für Frauen könnten aber auch entstehen, wenn bei Personalentscheidungen unreflektiert auf Datensätze zurückgegriffen wird. Besonders kritisch ist das in Bereichen, in denen kaum Frauen tätig sind und die Referenzwerte fast ausschließlich von männlichen Beschäftigten stammen.“

Der Equal Pay Day markiert symbolisch den Tag im Jahr, bis zu dem Frauen unbezahlt arbeiten, während Männer seit dem 1. Januar für ihre Arbeit entlohnt werden. Laut Statistischem Bundesamt beträgt der geschlechtsspezifische Entgeltunterschied in Deutschland aktuell 18 Prozent, für den öffentlichen Dienst wird er mit

6 Prozent beziffert. Der diesjährige Equal Pay Day fällt auf den 7. März und steht unter dem Motto „EQUAL PAY 4.0 – gerechte Bezahlung in der digitalen Arbeitswelt“. 2008 wurde die jährliche Kampagne zum Equal Pay Day durch den Business and Professional Women (BPW) Germany e.V. initiiert und wird seitdem vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die dbb bundesfrauenvertretung unterstützt die Equal Pay Day Initiative als Schwerpunktpartnerin und setzt sich für gendergerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst ein.

dbb bundesfrauenvertretung

## **Gleichstellung: Behörden brauchen leistungsorientierte Führungskultur**

**Der Frauenanteil an Führungspositionen der obersten Bundesbehörden steigt laut Gleichstellungsindex 2021 zu langsam. Die dbb frauen fordern nun einen tiefgreifenden Wandel der Behördenkultur.**

„Der Frauenanteil unter den Führungskräften in den obersten Bundesbehörden kommt nicht schnell genug voran. Noch dazu sind die Fortschritte nicht in allen Behörden gleich groß. Das zeigt auch, dass nicht alle Behörden mit dem gleichen Elan Frauenförderung betreiben. Absichtserklärungen in Frauenförderplänen reichen bei Weitem nicht aus. Die Behördenleitungen müssen Frauen auch befördern wollen“, mahnte Kreuz anlässlich der Veröffentlichung des aktuellen Gleichstellungsindex der Bundesregierung am 3. März 2022. Danach ist der Frauenanteil an Leitungspositionen in den obersten Bundesbehörden zwischen 2020 und 2021 um lediglich zwei Prozent auf 39 Prozent gestiegen. Der Anteil weiblicher Beschäftigter in den obersten Bundesbehörden liegt hingegen bei 55 Prozent.

Das im Führungspositionengesetz formulierte Ziel, die paritätische Besetzung der Führungspositionen in den obersten Bundesbehörden bis 2025 zu erreichen, drohe angesichts der nur schleppenden Fortschritte zu scheitern, warnte Kreuz. „Die ehemalige Regierung hat ihr ambitioniertes Ziel nur halbherzig verfolgt. Jetzt ist die Ampel-Koalition in der Bringschuld, das schwierige Erbe der Großen Koalition zu erfüllen. Und das ist nur zu schaffen, wenn sich die Behördenkultur grundlegend ändert“, stellte Kreuz heraus. Bislang würden Frauen

mit dem nicht haltbaren Versprechen, alles haben zu können – Familie und eine steile Karriere – in den Bundesdienst gelockt. Doch sobald Beschäftigte etwa nach einer Elternzeit oder wegen eines Pflegefalls ihre Arbeitszeit reduzierten, fielen sie in vielen Behörden durch das Beförderungsraster. „Wer weniger als vollzeitnah arbeitet, erhält unterdurchschnittliche Beurteilungen. Das fällt seit Jahren auf und wird nicht müde, darauf hinzuweisen. Und dennoch wird dieses Problem weiterhin von einem Teil der Behördenleitungen konsequent unter den Teppich gekehrt“, bemängelte die dbb frauen Chefin.

Neben mehr Transparenz bei den dienstlichen Beurteilungsverfahren und der Etablierung geschlechtergerechter Leistungskriterien müssten auch Teilzeitmodelle als Standardarbeitsverhältnisse – insbesondere im höheren Dienst – aufgewertet werden. Laut Gleichstellungsindex führen lediglich 11 Prozent der Beschäftigten im höheren Dienst in Teilzeit. Die überwiegende Mehrheit (73 %) davon sind Frauen. „Führungsaufgaben müssen nicht nur in Teilzeit ermöglicht werden, auch Beschäftigte, die lange Jahre in Teilzeit gearbeitet haben – und das sind nun mal überwiegend Frauen –, müssen Leitungsfunktionen erreichen können. Das setzt eine Führungskultur voraus, die empathisch ist, Leistung belohnt und Überstunden nicht mit Produktivität gleichsetzt“, so Kreuz.

---

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Sachsen

### **Verfassungsgemäße Besoldung: Gespräche mit Finanzminister abgebrochen**

**Die Gespräche zwischen Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB) und dem Finanzministerium über eine verfassungsgemäße Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Landes wurden am 3. März 2022 ergebnislos abgebrochen.**

In den Beratungen wurden durch Finanzminister Hartmut Vorjohann zuvor die Handlungsbedarfe aufgezeigt sowie verschiedene Lösungsansätze präsentiert. Im Kern sollten dabei Elemente der Beihilfe, der Absicherung in einer Krankenversicherung und die Erhöhung familienbezogener Besoldungsanteile angepasst werden. Im Rahmen einer ersten Stellungnahme geht der renommierte Verfassungsrechtler Ulrich Battis jedoch davon aus, dass mit der von Vorjohann angestrebten Lösung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) nicht erfüllt sind.

Auch über diese rechtlichen Hürden hinaus sah sich der SBB nicht in der Lage, eine Vereinbarung mit Vorjohann abzuschließen. So forderte dieser, dass der SBB seinen Mitgliedern weder Rechtsmittel empfehlen noch eventuelle Verfahren unterstützen dürfe. „Auf derart grundsätzliche Rechte unserer Mitglieder zu verzichten widerspricht ganz klar unserem gewerkschaftlichen Verständnis“, so SBB Chefin Nannette Seidler. „Verfassungsgemäße

Zustände in der Besoldung herzustellen, darf nicht durch die Einschränkung demokratischer Grundrechte erkaufte werden.“ Nun sei der Gesetzgeber aufgerufen, eine verfassungsgemäße Besoldung zeitnah sicherzustellen. Der SBB werde den Prozess weiterhin kritisch begleiten.

Hintergrund:

Mit Entscheidungen vom 4. Mai 2020 hat das BVerfG die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Ausgestaltung des Alimentationsprinzips der Beamten nach Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes insbesondere hinsichtlich des Abstands zur Grundsicherung und der Besoldung kinderreicher Beamter weiter konkretisiert. Auch wenn diese Entscheidungen keine unmittelbare Wirkung für Sachsen entfalten, ist doch festzustellen, dass auch im Freistaat Handlungsbedarf besteht. Nach den Berechnungen des Finanzministeriums wird in Sachsen der notwendige Abstand seit Jahren nicht erreicht. Ebenso ist die Besoldung kinderreicher Beamter aktuell unzureichend.

Mecklenburg-Vorpommern

### **Klausurtagung zur Lehrkräftegewinnung mit Bildungsministerin**

**Die Spitzen vom dbb m-v und seine Bildungsgewerkschaften Verband Bildung und Erziehung (VBE), Philologenverband (PhV) sowie Berufsverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) haben mit Bildungsministerin Simone Oldenburg bei einer Klausurtagung über Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung beraten.**

Der dbb Landeschef Dietmar Knecht betonte, dass das derzeitige Höchstalter für die Verbeamtung von 40 Jahren „ein regelrechter Attraktivitätskiller für Lehrkräfte“ sei, die außerhalb des Landes gewonnen werden sollen. „Angesichts des demografischen Wandels ist es geradezu irrsinnig, eine solche Hemmschwelle weiter aufrecht zu erhalten“, so Knecht.

Unmissverständlich machten die dbb Vertreter darüber hinaus klar: Um attraktiv zu werden, ist eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung alternativlos.

Bezogen auf Wechsel aus anderen Bundesländern rief PhV Landeschef Jörg Seifert dazu auf „endlich (erfahrungs-)stufengleiche Übernahmen im Sinne von Personalgewinnung zu realisieren – zu viele Wechselwillige werden sonst abgeschreckt und treten ihren Dienst erst gar nicht an.“ Für Hans-Joachim Prakesch BvLB-Landeschef, spielen motivierte Bestandskräfte eine große Rolle bei der Berufswahl: „Dementsprechend sollten künftig Altersanrechnungsstunden bereits ab dem Folgemonat, in dem man das entsprechende Alter erreicht hat, gelten.“

---

Weiterhin diskutierten die Teilnehmenden unter anderem eine Novellierung der Mehrarbeitsvergütung, die Verbesserungen der Work-Life-Balance insbesondere beim Berufsstart, Zulagen für Lehrkräfte im ländlichen Raum, die Eingruppierung von Einfachlehrkräften in die E 13, eine Entlastung der Schulleitungen, bessere Beförderungsmöglichkeiten an allen Schulformen, eine Reform der Lehramtsausbil-

dung sowie die Verschlinkung des Einstellungsverfahrens (amtsärztliche Untersuchungen nur bei Notwendigkeit).

Die diskutierten Vorschläge werden laut Ministerin Oldenburg in einen Fahrplan aufgenommen. „Es darf in der nächsten Zeit keine Denkerbote geben“, so der VBE Landesvorsitzende Michael Blanck. „Vor allem muss allen Beteiligten klar sein, dass ohne zusätzliche finanzielle Mittel nichts funktionieren wird.“

## Niedersachsen

### Energiepreise: Belastungen für die Beschäftigten jetzt abfedern

**Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion (NBB) fordert angesichts der aktuellen Energiepreisentwicklung sofortige Maßnahmen der Landesregierung, um die Beschäftigten des Landes zu entlasten.**

Der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl drängt insbesondere auf Änderungen im Reisekostenrecht: „Eine Vielzahl unserer Kolleginnen und Kollegen ist gezwungen, für dienstliche Fahrten ihren privaten PKW zu nutzen. Dabei legen unsere Beschäftigten angesichts der Entwicklungen für Treibstoff mittlerweile erheblich drauf. Dazu kommen die spürbaren finanziellen Belastungen des täglichen Weges zur Arbeit.“

Der NBB habe bereits vor Monaten wiederholt auf die Dringlichkeit hingewiesen, das Reisekostenrecht an die bereits festgestellten Entwicklungen anzupassen und die Kilometerpauschale anzuheben. Dies sei jedoch durch die Landesregierung bisher abgelehnt worden. „Jetzt werden unsere schlimmsten Befürchtungen allerdings wahr“, so Alexander Zimbehl. „Unabhängig von der Belastung, die ein jeder von uns aufgrund der aktuellen Preisentwicklungen für sich persönlich zu kompensieren hat, kommt jetzt für viele Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein weiterer Umstand hinzu. Nicht nur das tägliche Pendeln zum Arbeitsplatz, sondern gleichzeitig auch die Durchführung von Dienstgeschäften sind so für den einzelnen Beschäftigten nicht mehr leist- und bezahlbar. Wenn dieser Entwicklung seitens der Politik nicht umgehend mit Maßnahmen begegnet wird, sehen wir die so dringend benötigte Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes erheblich gefährdet.“

Die NBB-Forderung lautet, die Kilometerpauschale durch eine kurzfristige Gesetzesvorlage

in einem ersten Schritt von 0,30 Euro auf mindestens 0,42 Euro anzuheben. Dabei orientiert sich der NBB an den Regelungen des Zeugenentschädigungsgesetzes, in dem eben diese Pauschalen festgeschrieben wurden. Andere Bundesländer hätten bereits in der Vergangenheit auf die Entwicklungen reagiert und die erforderlichen Reisekostensätze vergleichbar angepasst.

„Durch die furchtbaren Ereignisse in der Ukraine und die sich abzeichnenden Flüchtlingsströme werden in kürzester Zeit erneut erhebliche Belastungen auf den öffentlichen Dienst zukommen“, so Zimbehl. „Dieses gilt für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes, sowohl in der Bildung und den Sicherheitsbereichen, genauso aber in der Verwaltung. Wir brauchen jetzt Entscheidungen zugunsten unserer Beschäftigten, damit der öffentliche Dienst erneut in der Lage sein wird, diese Belastungen zu stemmen.“

Gleichzeitig erwarte der NBB von der Landesregierung, dass sie ihren Einfluss bei der Bundesregierung nachhaltig nutzt, um unabhängig von einer jüngst diskutierten Mehrwertabsenkung für Energiekosten auch so schnell wie möglich eine Anhebung der die Pendlerpauschale durchzusetzen. Als Sofortmaßnahme müsste außerdem die eigentlich am 20. März endende Homeoffice-Verpflichtung fortgeführt werden – nicht nur aus Gründen des Gesundheitsschutzes, sondern auch mit dem Ziel der Reduzierung von Pendlerkosten für die Beschäftigten.

---

Schleswig-Holstein

## „Marke öffentlicher Dienst“ hat unscharfe Konturen

**Anlässlich der Protestaktionen im Sozial- und Erziehungsdienst hat dbb Landeschef Kai Tellkamp am 8. März 2022 auf grundsätzliche Probleme bei der staatlichen Personalpolitik hingewiesen.**

„Der Bund schafft den Rechtsanspruch auf Betreuung, das Land beschließt einen besseren Betreuungsschlüssel und die Kommunen ziehen einfach nicht richtig mit“, sagte Tellkamp mit Blick auf die politischen Zuständigkeiten im Kita-Bereich. Letztlich müssten die Kommunen das Personal gewinnen, damit die Kinder nach den Vorgaben der Gesetzgeber betreut werden. Wenn sich die kommunalen Arbeitgeber aber weigern, für ausreichend attraktive Arbeits- und Einkommensbedingungen zu sorgen, könne das natürlich nicht gelingen. „Und so haben wir ein weiteres Beispiel für nicht funktionierende staatliche Entscheidungsprozesse: Die Effizienz bleibt auf der Strecke.“

Leidtragende seien in diesem Fall einerseits die Erzieherinnen und Erzieher, die am Limit arbeiten und deren Einkommensniveau viel zu

stark hinter jenem der Grundschullehrerinnen und -lehrer hinterherhinken; andererseits müssten die Eltern „die Suppe ausbaden, weil sie sich häufig nicht vollständig auf eine funktionierende Betreuung verlassen können – es fehlt einfach das Personal“, erklärte der Vorsitzende des dbb schleswig-holstein. „Es wäre schon ein Schritt in die richtige Richtung, wenn die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Kommunen wieder gemeinsam am Verhandlungstisch säßen. Dann hätten wir bei Tarifverhandlungen zumindest eine Gesamtverantwortung der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes und es könnten zeitgemäße Pakete geschnürt werden.“ Doch dieses Ziel liege wohl noch in weiter Ferne und die „Marke öffentlicher Dienst“ habe somit unscharfe Konturen – zum Schaden der Wettbewerbsfähigkeit.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

## Flüchtende aus der Ukraine: Hilfsbereitschaft begrüßt – Kontrollverzicht darf aber nicht Prinzip werden

**Die DPoIG hat die große Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtenden aus der Ukraine begrüßt. Kontrollen seien aber trotz allem notwendig.**

Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte am 7. März 2022: „Der schlimme Krieg in der Ukraine, der viel Leid über die Zivilbevölkerung bringt, macht uns alle betroffen. Deshalb ist Hilfe das Gebot der Stunde. Niemand denkt daran Menschen abzuweisen, die über die Grenze jetzt nach Polen und dann weiter nach Deutschland einreisen. Nur nimmt die Hilfsbereitschaft Schaden, wenn wir nicht wissen, wer zu uns kommt.“

Der Gesetzgeber habe spezifische Verfahren für sichtvermerkpflichtige Drittstaatler vorgesehen. Wenn die Bundespolizei stichprobenartig Flüchtende aus der Ukraine, die keinen ukrainischen Pass besitzen, kontrolliert, sei das rechtmäßig. „Unserer Bundespolizei Rassismus zu unterstellen, wie das manche in den letzten Tagen leider taten, ist schäbig, böseartig

und abgrundtief dumm! Ohne ihre Arbeit ist Deutschland auf dem Weg in den absoluten Kontrollverlust. Bestehende Gesetze dürfen nicht einfach ignoriert werden.“

Der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und stellvertretende DPoIG Bundesvorsitzende Heiko Teggatz fordert eine schnelle Notifizierung der Grenze zu Polen und zu Tschechien. Das würde bedeuten, dass von EU-Seite nicht nur stichprobenhafte, sondern reguläre Grenzkontrollen durch die Bundespolizei genehmigt werden. Teggatz: „Das würde bei ankommenden Flüchtlingen an der Grenze die Abfertigung, die Registrierung und die Überprüfung deutlich beschleunigen. Derzeit werden von der Bundespolizei höchstens 60 Prozent der Flüchtlinge, die von Polen nach Deutschland kommen, kontrolliert.“

---

## Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Tarifabschluss für AOK-Beschäftigte – Durchbruch beim Gewerkschaftsbonus

**Eine steuer- und sozialversicherungsfreie Corona-Prämie in Höhe von 1.100 Euro sowie lineare Vergütungserhöhungen um 3,1 Prozent ab 1. Dezember 2022 – das sind die Kernelemente des Tarifabschlusses, den die GdS am 3. März 2022 in der fünften Runde der Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der AOK (TGAOK) erzielt hat.**

Darüber hinaus bietet das Tarifiergebnis zahlreiche weitere monetäre Verbesserungen und geldwerte Vorteile. Dazu gehören ein Sockelbeitrag von 30 Euro und die Anhebung des Kinderzuschlages für die unteren Vergütungsgruppen, eine Verdopplung der vermögenswirksamen Leistungen, die Erhöhung des Gesundheitszuschusses sowie die Möglichkeit der Entgeltumwandlung für ein Fahrrad-Leasing (Jobrad).

„Dank der solidarischen Unterstützung durch die Warnstreik-Aktionen unserer Mitglieder haben wir unter schwierigen Gesamtumständen das bestmögliche Verhandlungsergebnis erreicht“, wertete der GdS-Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner den Tarifabschluss für die AOK-Beschäftigten.

Erstmals ist es auch gelungen, im Tarifvertrag einen Bonus für GdS-Mitglieder festzuschreiben, der diesen jedes Jahr einen zusätzlichen freien Tag zu Bildungszwecken einräumt. „Dieser Durchbruch beim Gewerkschaftsbonus ist überfällig gewesen, schließlich sind es unsere Mitglieder, die den Einsatz der GdS für bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung der AOK-Mitarbeiter durch ihren Mitgliedsbeitrag finanzieren“, so Wagner.

Den größten Streitpunkt der Tarifverhandlungen hatte die Ausklammerung der AOK Nordost aus dieser Vergütungsrunde dargestellt. Am Ende konnte die GdS eine Kompromisslösung erreichen, die eine Rückkehr der AOK Nordost ins Bezahlungsgefüge der TGAOK spätestens zum 1. Januar 2024 vorsieht. „Zentral für uns ist die schriftlich festgehaltene Verpflichtung der AOK Nordost, dass sie weder ein Ausscheiden aus der TGAOK noch eine grundsätzliche Abkehr vom Vergütungsniveau der TGAOK beabsichtigt“, erklärte Wagner dazu.

Um ihren berechtigten Forderungen nach fairen Vergütungserhöhungen Nachdruck zu verleihen, hatten die Tarifbeschäftigten aller elf AOK-Gesundheitskassen im Januar und Februar mehrfach gantztätig die Arbeit niedergelegt. Die GdS hatte ihre Mitglieder bei den AOK zu den bundesweiten Warnstreiks aufgegrufen, um in den stockenden Tarifverhandlungen ein unmissverständliches Signal an die Arbeitgeber zu senden.

Bevor der GdS-Bundesvorstand endgültig über eine Annahme des Tarifabschlusses beschließt, wird die GdS noch eine Befragung ihrer Mitglieder bei den AOK-Gesundheitskassen durchführen.

## Verband Bildung und Erziehung (VBE) Flüchtende aus der Ukraine: Schulen rechtzeitig vorbereiten

**Mit Blick auf die schutzsuchenden Menschen aus der Ukraine hat VBE Chef Udo Beckmann angemahnt, die Schulen auf die Aufnahme von geflüchteten Kindern vorzubereiten.**

„Die Politik muss in einer Verantwortungsgemeinschaft aus Bund, Ländern und Kommunen schnellstmöglich geeignete Maßnahmen ergreifen und die Schulen in die Lage versetzen, Flüchtlingskinder aufzunehmen. Dabei kann sie auf die Erfahrungen aus dem Jahr 2015 zurückgreifen. Es braucht vor allem die kurzfristige Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, die die Schulen unbürokratisch abrufen können“, erklärte Beckmann am 3. März 2022.

„Wir wissen, dass die vorhandenen Raumkapazitäten bereits jetzt kaum ausreichen und dass das pädagogische Personal in den Schulen durch Corona seit zwei Jahren über Gebühr belastet ist. Wir sind sicher, dass die Lehrkräfte trotzdem alles tun werden, um geflüchteten Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bildungschancen zu ermöglichen. Bereits 2015 hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, dass Lehrkräfte auf die Beschulung von Kindern vorbereitet werden, die vom Horror dessen, was

derzeit in der Ukraine passiert, traumatisiert sind, die Familienmitglieder verloren haben und entwurzelt wurden. Hinzu kommt die Sprachbarriere. Für all dies benötigen die Schulen dringender denn je die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams aus Schulpsychologinnen und -psychologen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern sowie Schulgesundheitsfachkräften. Besonders wichtig ist

auch, dass genügend Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache zur Verfügung stehen und die Schulen für die notwendige Kommunikation mit Eltern und Schülerinnen und Schülern flexibel auf Dolmetscherinnen und Dolmetscher zugreifen können“, so der VBE Bundesvorsitzende.

## ***Namen und Nachrichten***

Auch in der dritten Verhandlungsrunde über das Entgelt für die Sicherheitskräfte an Flughäfen wurde noch kein Ergebnis erreicht. Die Arbeitgeberseite hat bei den zweitägigen Verhandlungen am 1. und 2. März 2022 kein neues Angebot vorgelegt. In der vorangegangenen Verhandlungsrunde hatte der Arbeitgeberverband BDLS Erhöhungen um zweimal 0,38 Euro beziehungsweise zweimal 0,48 Euro – je nach Entgeltgruppe – angeboten. Der Tarifvertrag soll für zwei Jahre laufen. Dieses Angebot hat der **dbb** abgelehnt. **dbb** Verhandlungsführer Volker Geyer erklärte: „In dieser Verhandlungsrunde hat es zu wenig Bewegung gegeben. Wir haben zwar lange mit den Arbeitgebern mögliche Änderungen in den Strukturen des Tarifvertrags sondiert. Im zentralen Punkt der Entgelterhöhung sind wir aber nicht weitergekommen. Hier steht nach wie vor ein verbessertes Angebot aus. Das muss sich in der nächsten Verhandlungsrunde ändern, damit die Kolleginnen und Kollegen möglichst bald spürbar mehr Geld im Portemonnaie haben!“ Mehr Informationen auf [dbb.de](http://dbb.de).

Das technische Referendariat soll noch in diesem Jahr in Thüringen wiedereingeführt werden. Gegenwärtig befindet sich die Ausbildungs- und Prüfungsordnung in der Ressortabstimmung und wird voraussichtlich noch im 2. Quartal 2022 in Kraft treten. Der **tbb** beamtenbund und tarifunion thüringen begrüßt die Wiedereinführung am 5. März 2022 ausdrücklich. „Das Angebot einer Referendarausbildung macht Thüringen für junge Geodäten attraktiver und leistet auf diese Weise einen Beitrag zur Nachwuchssicherung. Dadurch wird gewährleistet, dass für den öffentlichen Dienst gut ausgebildete Fachkräfte und darüber hinaus auch für den freien Beruf zur Verfügung stehen“, so **tbb** Chef Frank Schönborn.

Die Mediengewerkschaft **VRFF** hat anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2022 kritisiert, dass der Anteil an Frauen in Führungspositionen im Rundfunk immer noch viel zu langsam steigt. Das gelte sowohl für die Privaten, als auch für den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk. Laut einer Studie von ProQuote („Welchen Anteil haben Frauen an der publizistischen Macht in Deutschland?“, 2018) gebe es nur beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) und der Deutschen Welle einen Gleichstand zwischen Männern und Frauen in journalistischen Führungspositionen. Schlusslichter seien Radio Bremen, der Saarländische Rundfunk und der Deutschlandfunk. In Verwaltungsräten und Kontrollgremien sehe es ganz ähnlich aus.

Am 5. März 2022, dem Tag der Vermessung und Geoinformation, hat der **BTB** - Gewerkschaft für Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst auf die Verdienste und Errungenschaften der Vermessung und insbesondere der öffentlichen Vermessungsverwaltungen, eingeschlossen der Flurneuordnung, hingewiesen. Gleichzeitig wies die Fachgewerkschaft erneut auf den enormen Fachkräftemangel in den Vermessungsverwaltungen hin, die auf allen Qualifikationsebenen dringend Nachwuchskräfte suchen. „Bundesweit sind in den Kommunen, den Ländern und den Bundesverwaltungen zahlreiche Stellen nicht besetzt. Dies ist ein Signal für die Politik[...], dass der öffentliche Dienst für Vermessungsfachkräfte attraktiver werden muss. Dies gilt sowohl für Berufseinsteiger über die Eingangsbezahlung als auch für weitere Karriereperspektiven in aktiven Dienstverhältnissen“, hieß es dazu vom **BTB**.

### Termine:

21./22. März 2022, Potsdam

#### **Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 2. Runde**

Mehr Informationen unter [www.dbb.de/sue](http://www.dbb.de/sue)

22. März 2022, Livestream auf dbb.de

**dbb forum öffentlicher Dienst "Beitragssprünge in der PKV – muss das sein?"** Mehr  
Weitere Informationen folgen.

6./7. Mai 2022, Berlin

#### **Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)**

Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

#### **Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde**

Mehr Informationen unter [www.dbb.de/sue](http://www.dbb.de/sue)

---